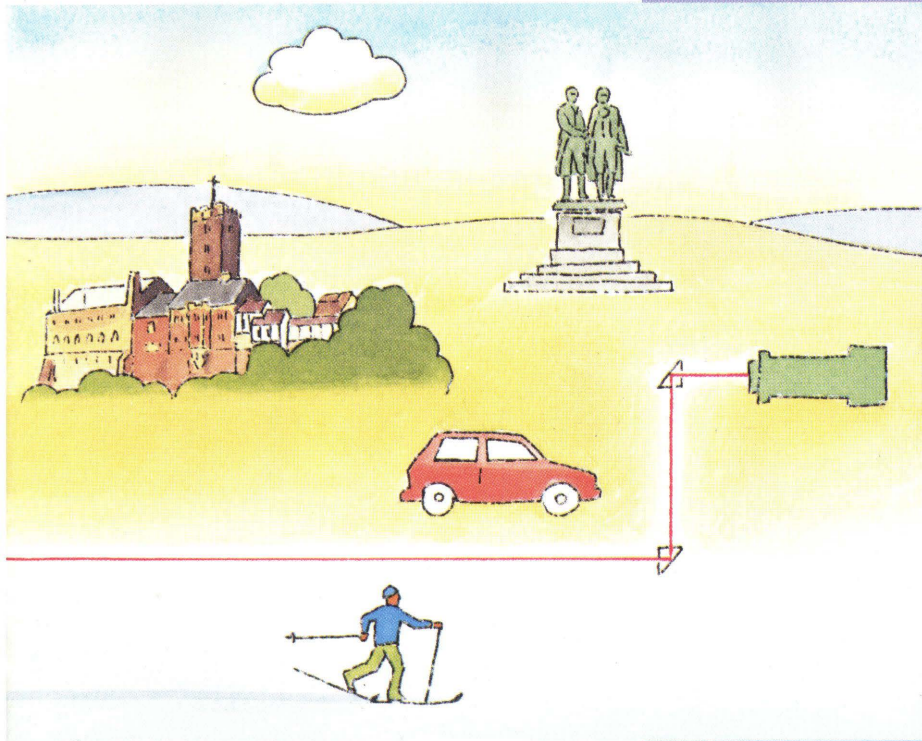


Thüringen

in der Europäischen Union



Europäische Kommission
Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet

Thüringen

in der Europäischen Union

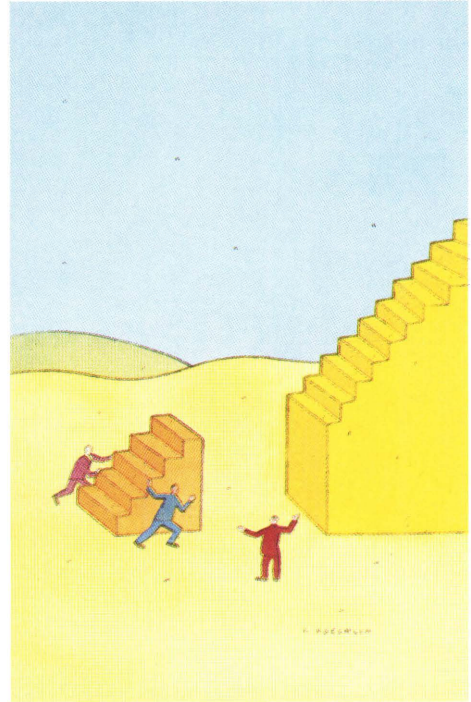
Deutschland ist Modellfall für die ost-europäischen Staaten. Thüringen will seine Brückenfunktionen zwischen Ost und West im Europa der Regionen von morgen nutzen. Europa, dies ist für uns auch Osteuropa und Südosteuropa. Einheit Deutschlands - Einigung Europas, wer hätte diese Reihenfolge noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten? Weil uns die Geschichte so begünstigt hat, ist für uns das Wort Konrad Adenauers ein Vermächtnis: Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Thüringen wird ein verlässlicher Partner im Europa von morgen sein.

*Bernhard Vogel
Ministerpräsident des Landes Thüringen*



THÜRINGEN IN EUROPA

Zukunftsorientierte Industrien in Thüringen



Wartburg, Weimar, Erfurt - die kultur-
geschichtliche Bedeutung Thüringens
ist weit über die Landesgrenzen hinaus
bekannt. Verglichen mit dem restlichen
Europa ist ein hoher Prozentsatz der Thürin-
ger Bevölkerung in der Industrie beschäftigt
- nämlich 50 Prozent mehr als im euro-
päischen Durchschnitt. Die Neuansiedlungen
der Automobilindustrie in Eisenach und die
Modernisierung des Feinmechanik- und
Optikkonzerns in Jena belegen, daß der
Standort Thüringen Zukunft hat. Die anderen
Regionen der Union sind ein wichtiger Han-
delspartner Thüringens: Über 36 Prozent
des gesamten Exports gehen in andere EU-Län-
der. Das sichert viele Arbeitsplätze. Seit
1994 ist Thüringen - wie auch die anderen
neuen Länder - in die höchste Förderstufe der
EU aufgenommen, denn Thüringen gehört zu
den wirtschaftsschwächsten Regionen in
Europa. Die Union leistet damit ihren Beitrag,
um dem Land den Anschluß an die wirt-
schaftlich hochentwickelten Regionen in
Europa zu erleichtern.



Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

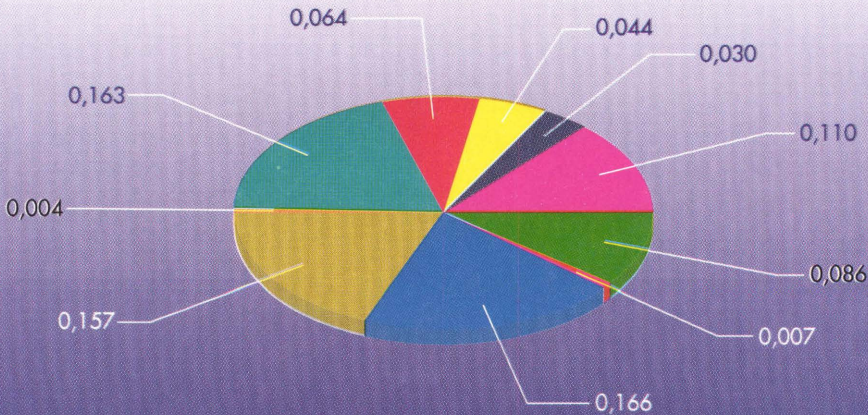
Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Thüringen gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Der Export Thüringens in die EU

— 0,8 Milliarden DM: Das sind 36,2 Prozent des Gesamtexports —

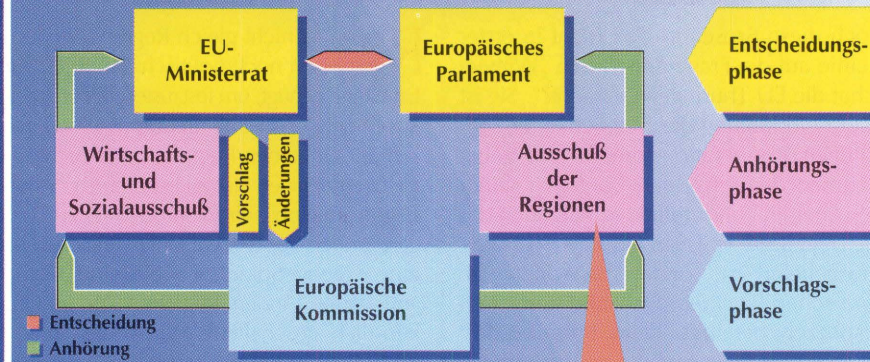


B/L
 DK
 GR
 E
 F
 IRL
 I
 NL
 P
 GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

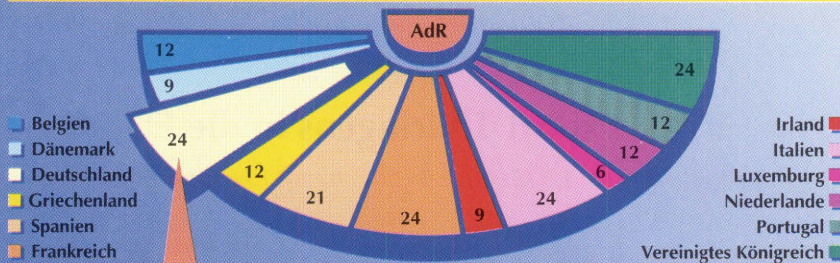
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Thüringen benennt eine Vertreterin



Christine Lieberknecht
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Thüringen

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Thüringen seine europäischen Interessen einbringt, ist der

Thüringen entscheidet mit

Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige, im Grundgesetz verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brüssel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	Luxemburg	131	2,4
Hessen	149	4,6	Niederlande	104	8,2
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	Portugal	60	4,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Großbritannien	98	10,3
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
Griechenland	49	7,7	Humber side	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
Spanien	80	21,3	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.
- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993
- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Thüringen ist dies die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Christine Lieberknecht). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

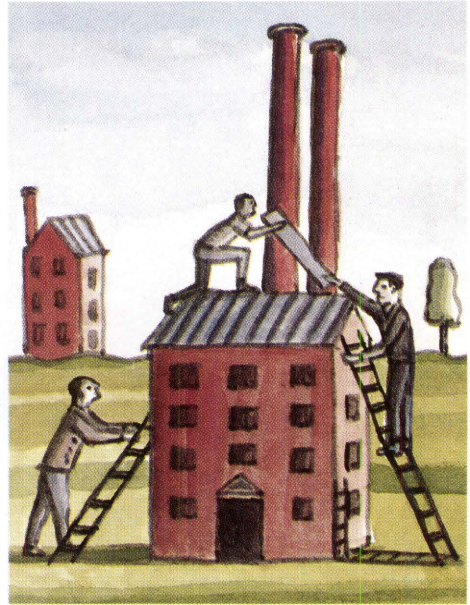
Die Abgeordneten Thüringens im Europäischen Parlament

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die Thüringer Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, das Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms KONVER europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Thüringen erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, also auch Thüringen, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung jugendlicher und der vom Aus-schluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wand-lungsprozesse und Veränderungen der Pro-duktionssysteme“ erleichtern. 291,3 Millionen ECU stehen für Deutschland zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Struktur-anpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

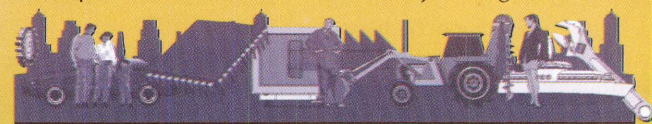
Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Thüringen viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die Thüringer Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Maßnahmen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

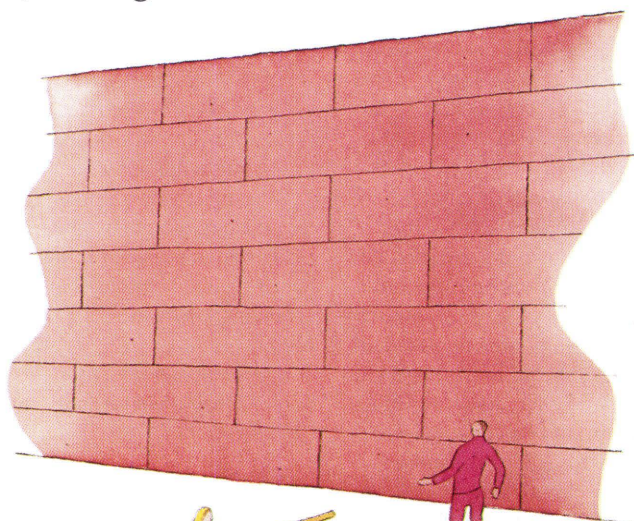
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Thüringen
handeln bei vielen
Projekten gemeinsam



Die Dorferneuerung stellt fast überall in den östlichen Bundesländern einen Schwerpunkt der EU-Strukturförderung dar. Der Versuch, historische Bausubstanz zu retten, oder notwendige Baumaßnahmen zu unternehmen, sind die Hauptanliegen der Gemeinden, die sich um Förderung aus den Strukturfonds bewerben. Die Restaurierung von Gebäuden, Fassaden und Plätzen wird von Bund, Land und EU kofinanziert. Bis zu 50 Prozent der Aufwendungen für die Wiederherstellung eines förderwürdigen Objekts kann aus diesen öffentlichen Quellen fließen. In Thüringen erhielten die Gemeinden Horsmar und Langenwetzdorf EU-Fördermittel für die Wiederherstellung



von Fassaden, den Straßenbau und die Gestaltung von Freiflächen. In Apfelstädt flossen 200 000 ECU für die Dorferneuerung aus dem EU-Haushalt, ein Großteil davon in die Einrichtung eines Kindergartens.

Regionale Entwicklung

Ein LEDA-Kontakt- und Koordinationsbüro hat die Stadt Jena eingerichtet. Es informiert über Methoden und Möglichkeiten, mit denen die Arbeitsmarktsituation verbessert werden kann. Das Büro regt Projekte an und weist auf Unterstützungsmöglichkeiten aus anderen Förderprogrammen hin. Am LEDA-Programm beteiligen sich 33 Regionen aus der EU, die ihre Erfahrungen austauschen. Ziel des Jenaer Büros ist es, sich zur Anlaufstelle für Unternehmen im Raum Jena zu entwickeln, aber auch mittel- und osteuropäische Länder hat die Stadt dabei im Blick. Derzeit ist vorgesehen, die Städte Reval/Tallin in Estland und Kronstadt/Brasov in Rumänien in das LEDA-Kooperationsnetz einzubeziehen.

Förderung der Landwirtschaft

Im Zeitraum 1991 bis 1993 zahlte die EU zur Unterstützung der thüringischen Landwirtschaft 86 Millionen ECU. 6 500 Menschen in Thüringen profitierten von diesen Mitteln. In denselben Jahren ließ die EU weitere 50,7 Millionen ECU solchen Unternehmen zukommen, die sich darum bemühten, traditionelle Erzeugnisse aus dem Thüringer Raum auf dem europäischen Markt anzubieten. Die Getreidewirtschaft Kölleda erhielt EU-Gelder, um eine Lagerhalle für Getreide in Großschwabhausen bei Weimar zu bauen. In der neuen Halle werden unter besten Bedingungen 9 900 Tonnen Weizen und 6 100 Tonnen Gerste gelagert.

Produktionsmethoden und Vermarktungswege landwirtschaftlicher Produkte wurden weiterentwickelt. Zudem erhalten jedes Jahr 1 600 Landwirte in geographisch

oder klimatisch ungünstigen Lagen direkte finanzielle Hilfen. Eine neu gebaute Weinstraße an Saale und Unstrut verbindet die wichtigsten Städte des traditionellen mitteldeutschen Weinbaugebietes, des kleinsten in Deutschland. In der Umgebung der thüringischen Stadt Bad Sulza werden etwa zwölf Hektar Traminer, Weißburgunder und Müller-Thurgau angebaut. Die Fläche soll in den nächsten Jahren auf 20 Hektar erweitert werden.

Schutz von Kulturgütern

Mit 50 000 ECU wird die EU den Park an der Ilm in Weimar fördern. Damit hatte der Antrag der „Stiftung Weimarer Klassik“ Erfolg. „Die EU hilft uns mit diesem Zuschuß, historische Gärten für Gegenwart und Zukunft zu bewahren“, erklärte dazu die Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Christine Lieberknecht. Die Gelder stammen aus einer jährlichen Aktion der Gemeinschaft, die dazu dient, das architektonische Erbe in Europa zu erhalten. Von 666 Vorhaben wurden 58 bezuschußt und Weimar gehört dazu.

Umweltschutz

Birikhühner und Schwarzstörche im ehemaligen Grenzstreifen behalten dank der EU-Förderung ihr angestammtes Zuhause. Das Biosphärenreservat Rhön erhält 1,5 Millionen ECU, um vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen zu schützen. Die beteiligten Länder Bayern, Hessen und Thüringen haben für die nächsten zehn Jahre zwölf Millionen ECU beantragt. Mit diesen Mitteln sollen durch den Abschluß von Ankaufs- und Bewirtschaftungsverträgen in erster Linie geschützte Räume für die bedrohten Arten geschaffen werden.



Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission, und der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel in Apfelstädt.

Förderung neuer Energietechnologien

Innerhalb der Forschungspolitik der Europäischen Union kommt dem Bereich der rationellen Energienutzung und der alternativen Energien eine besondere Bedeutung zu. 890 000 ECU für eine neue Biogasanlage in Reintenberg wurden aus dem EU-Forschungsprogramm THERMIE bewilligt. Diese Anlage hat nur einen geringen Ausstoß von Schwefeldioxid und Stickstoffoxyd, die für den sauren Regen mitverantwortlich sind. Auch werden keine fossilen Brennstoffe verwendet, so daß bei der Energieerzeugung kein Kohlendioxid in die Atmosphäre gelangt und der Betrieb der Anlage nicht zum Treibhauseffekt beiträgt.

Bildungs- und Austauschprogramme

Über das Programm COMETT zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Technologie bekamen 1992 über 20 Thüringer Studenten die Möglichkeit, in Firmen außerhalb des Landes zu arbeiten. Außerdem wurden drei Einführungskurse und ein Lernprojekt bezuschußt.

Die Friedrich-Schiller-Universität in Jena und die Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar nahmen am ERASMUS-Programm teil. Rund 100 Studenten aus den Fachbereichen Naturwissenschaft und Architektur besuchten für ein Jahr eine europäische Universität, die meisten studierten in Großbritannien. Im Rahmen des PETRA-Programms kamen in Thüringen in der Zeit von 1992/93 insgesamt sechs Projekte zustande, die mit 71 000 ECU unterstützt wurden. Zwei europäische Netzwerke für Ausbildungspartnerschaften wurden gegründet. Um Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung für traditionelle Bauweisen zu vermitteln, konnten sie verschiedene Renovierungsarbeiten ausführen.



Umschulungen helfen beim neuen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Dabei lernten sie sowohl neueste Bautechniken als auch Verfahren kennen, die noch aus dem Mittelalter stammen.

Weiterhin kamen vier Projekte von Jugendinitiativen zustande. In Erfurt renovierten 25 Jugendliche ein Gebäude, um es anschließend als Treffpunkt und Informationszentrum zu nutzen. „Jugend für Europa“ hat das Ziel, den Austausch europäischer Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren außerhalb des schulischen Rahmens und der Berufsausbildung zu fördern. Sechs Projekte gab es hierzu in Thüringen. Die EU unterstützte sie mit 38 967 ECU.

Hochschulen denken über europäische Integration nach

Über die „Aktion Jean Monnet“ fördert die Union Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema Europa erweitert wird. Die Technische Hochschule Ilmenau nahm das Angebot wahr und bot im Studienfach Politische Wissenschaften ein Seminar mit dem Thema „Die Europäische Union: Struktur, Geschichte und Wirtschaft“ an.

Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

Über 10 000 langzeitarbeitslose Thüringer haben bis Ende 1993 eine neue Anstellung gefunden. Sie verdanken dies unter anderem dem Europäischen Sozialfonds (ESF), aus dem für die Jahre 1991-1993 insgesamt 107,6 Millionen ECU zur Verfügung gestellt wurden. Viele Thüringer Arbeitnehmer sind durch die wirtschaftliche Umstrukturierung ihres Landes von Arbeitslosigkeit bedroht. Betroffen sind hier insbesondere Jugendliche, Arbeitnehmer über 45 Jahre und Frauen. Für diesen Personenkreis richteten die thüringischen Arbeitsämter und Fortbildungsinstitute spezielle Umschulungs- und Ausbildungsprogramme ein. Die EU unterstützte diese Maßnahmen mit 34 Millionen ECU.



Die EU öffnet auch für Hochschulabsolventen einen grenzenlosen Arbeitsmarkt.

Ein besonderes Problem in Thüringen war, daß die gelernten Berufe die Arbeitnehmer nicht hinreichend für den neuen Arbeitsmarkt qualifizierten. Fortbildungen wurden angeboten und vielfach genutzt. Zusätzlich wurden „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ eingerichtet, so daß viele Arbeitnehmer, die seit der Deutschen Einheit ihren Arbeitsplatz verloren hatten, eine neue Beschäftigung fanden.

